

**PERSONALRATS-
WAHLEN
MAI 2019
GEW
WAHLEN**

Berufsschultag der GEW Gute Berufliche Bildung – nur mit uns!

Am 6. Februar 2019 fand in Stuttgart der landesweite Berufsschultag der GEW unter dem Titel „Gute Berufliche Bildung – nur mit uns“ statt. Kultusministerin Dr. Eisenmann referierte über „Praxisnähe und Qualität – für starke berufliche Bildung“ und hob hervor, wie wichtig der Umbau der Schulverwaltung für Qualitätsverbesserungen sei. Die GEW sieht mehr Verbesserungspotenzial bei den Lehrkräften vor Ort.

Für die GEW ist die Qualität der Beruflichen Bildung ein wichtiges Anliegen. „Qualität in der Bildung entsteht nicht in der Schulverwaltung, sondern dort, wo Unterricht und Ausbildung stattfindet – in den Schulen! Qualität gibt es deshalb nur mit den Lehrkräften und den Beschäftigten an den Schulen. Sie leisten die Arbeit vor Ort“, unterstrich Michael Futterer, stellvertretender GEW-Landesvorsitzender. Wer Qualität wolle, der müsse deshalb vor allem die Lehrkräfte und Beschäftigten an Schulen in den Blick nehmen und in das Personal investieren. Gute Schulen bräuchten gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte, gute Arbeitsbedingungen und insbesondere auch Zeit – Zeit für Qualitätsentwicklung und Zeit, um auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Schulen und Lehrkräfte könnten aber nicht nur Adressaten von Leistungsvereinbarungen sein – sie würden vor allem Unterstützung bei der Qualitätsentwicklung brauchen, erklärte Futterer und fügte hinzu: „Lehrkräfte an den Beruflichen Schulen leisten seit Jahren Mehrarbeit, um Lücken in der Unterrichtsversorgung zu stopfen. Lehrkräfte, die Mehrarbeit leisten, werden

Die GEW fordert deshalb eine rasche Umsetzung des Digitalpaktes und eine angemessene Berücksichtigung der Beruflichen Schulen bei der Verteilung der Mittel. „Es kann nicht sein, dass für Schülerinnen und Schüler aller Vollzeitschularten von der Grundschule bis zu den Beruflichen Schulen der gleiche Betrag bereitgestellt wird und für Teilzeitberufsschüler nur die Hälfte dieser Summe“, betonte Futterer.



Hans Maziol
Kaufmännisches
Schulzentrum
Böblingen

Kultusministerin Eisenmann räumte ein, dass alle Schulen bei der Digitalisierung Nachholbedarf hätten. Bis Ende der Legislaturperiode würden 1 Milliarde Euro für schnelles Internet benötigt. Sie verwies aber auch auf die laufenden Projekte des Kultusministeriums: Die 15 Lernfabriken 4.0 seien ein tolles Angebot, bei der 2. Ausschreibung 2018 seien 21 weitere Lernfabriken genehmigt worden, die im Schuljahr 20/21 in die Schulen integriert würden. 50 Schulen und 34 Landkreise seien beteiligt, das suche bundesweit seinesgleichen. Auch die Klassen mit Tablets würden ausgeweitet.

Eisenmann hielt aber ihre Kritik an der im Zusammenhang mit dem Digitalpakt geplanten Grundgesetzänderung aufrecht. Das Land erhalte vom Bund durchschnittlich 125.000 Euro – dafür sei die Landesregierung nicht bereit, ihre Zuständigkeit im Bereich der Bildungspolitik einschränken zu lassen. Das Land habe im laufenden Haushalt selbst 150 Millionen Euro für die Digitalisierung der Schulen eingestellt.

Eisenmann kündigte zudem an, die Schulleitungen zu entlasten. Dies habe der Landesrechnungshof bereits vor einigen Jahren eingefordert. In diesem Zusammenhang diskutiere man im KM auch über das allgemeine Entlastungskontingent. Die 2013 beschlossene Kürzung halte sie für eine Fehlentscheidung und solle zurückgenommen werden.

Hans Maziol



aber kaum in der Lage sein, Schul- und Unterrichtsentwicklung zu betreiben. Für die GEW ist es deshalb nicht nachvollziehbar, dass in den vergangenen zwei Jahren wieder Stellen an den Beruflichen Schulen abgebaut wurden.

Digitalpakt dringend notwendig

Berufliche Schulen bilden die Realitäten der Arbeitswelt ab und brauchen für eine hochwertige Ausbildung eine entsprechende Ausstattung. Das seit Monaten anhaltende Gezerre um den Digitalpakt ist an den Schulen nicht vermittelbar. Die Landesregierung mag auf ihre föderalen Rechte in der Bildungspolitik beharren. Wer auf seine föderalen Rechte besteht, steht auch für die Finanzierung in der Verantwortung. Die Beruflichen Schulen brauchen die Mittel jetzt, und es ist Sache des Landes, dafür Sorge zu tragen.

Modellrechnung zum Lehrkräftebedarf des KM 1.000 zusätzliche Stellen für Berufliche Schulen notwendig

Am 20. Februar legte Kultusministerin Eisenmann erstmals eine eigene Modellrechnung für den Lehrkräftebedarf für den Zeitraum 2020 bis 2030 vor. Insgesamt benötigt das KM 10.600 zusätzliche Stellen - 5800 Stellen aufgrund der wieder steigenden Schülerzahlen und weitere 4800 Stellen für bildungspolitische Maßnahmen, welche überwiegend längst beschlossen sind.

Die GEW hat in den vergangenen Monaten immer wieder bemängelt, dass das KM an den Beruflichen Schulen trotz eines weiterhin bestehenden strukturellen Unterrichtsdefizits und einer weiter wachsenden Bugwelle Stellen reduziert hat. Mit der jetzt vorgelegten Planung setzt sich das KM erstmals das Ziel, das Unterrichtsdefizit bis 2025 auszugleichen. Dafür sollen 600 Neustellen geschaffen werden, außerdem zusätzlich 60 Stellen für den Abbau der Bugwelle. Weitere 250 Stellen sind für den Ethikunterricht an den Beruflichen Schulen eingeplant. Insgesamt sind für die Beruflichen Schulen knapp 930 zusätzliche Stellen vorgesehen.

Die Lehrkräfte an den Beruflichen Schulen profitieren aber auch an anderer Stelle, wenn dieses Konzept umgesetzt wird. So will das KM über alle Schularten hinweg 2022 316 Stellen für die Entlastung der Schulleitungen und 2023 230 Stellen für die Rücknahme der Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents schaffen. Zwischen 2026 und 2028 soll zudem die Lehrkräftereserve (Vertretungen) um 334 Stellen erhöht werden. Ein Teil dieser Stellen wird dann auch an die Beruflichen Schulen gehen. Darüber hinaus sollen die 1165 Stellen für die Beschulung von Geflüchteten, die bislang immer nur für ein Jahr genehmigt wurden, bis 2030 verlängert werden. In der Vergangenheit wurden diese Lehrkräfte oft nur befristet eingestellt.

Die zusätzlichen Stellen sichern nicht nur die Qualität der Beruflichen Schulen. Der Abbau des Unterrichtsdefizits und der Aufbau der Krankheitsreserve bedeuten für die Lehrkräfte weniger Mehrarbeit. Auch zusätzliche Anrechnungstunden entlasten Lehrkräfte. Die GEW begrüßt deshalb den Vorschlag, 10.600 Stellen zusätzliche Stellen zu schaffen.

Stellenplan umsetzen und Stellen besetzen!

Klar muss aber jetzt sein: Diese Stellen müssen in den kommenden Jahren auch

geschaffen werden. Der erste Schritt dazu muss im kommenden Doppelhaushalt 2020/21 erfolgen.

Und: Diese Stellen müssen in den kommenden Jahren dann auch besetzt werden können. Deputate, die nur auf dem Papier bestehen, nützen weder den Schulen noch den Kolleg*innen.

Wir haben an den Beruflichen Schulen einen eklatanten Bewerbermangel, insbesondere in den berufsbezogenen Fächern Gewerbe. Auch das jetzt vorgelegte Bedarfskonzept kommt zu dem Ergebnis, dass bei den Beruflichen Schulen jährlich zwischen 100 und 350 Bewerber*innen fehlen werden (insgesamt 2.150). Die Beruflichen Schulen können zwar bei der Einstellung auf Bewerber*innen des Gymnasiums und auf Direkteinsteiger*innen zurückgreifen – das alleine wird jedoch nicht ausreichen.

Wer das Problem des Lehrkräftemangels angehen will, muss v.a. damit aufhören, Beschäftigte vornehmlich als Sparpotential zu betrachten und den Lehrerberuf attraktiver machen. Die GEW hat in den vergangenen Wochen dazu u.a. die folgenden Vorschläge gemacht:

- übertarifliche Zulagen für Direkteinsteiger*innen – Baden-Württemberg-Zulage für Tarifbeschäftigte einführen,
- Ausweitung der Kapazitäten an Studienplätzen in den Mangelfächern,
- Einstellung und Bezahlung von Junglehrer*innen direkt nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes.

Als Sofortmaßnahme gegen den Lehrermangel schlägt die GEW eine **Erhöhung der Altersermäßigung** vor, da nur jede vierte Lehrkraft bis zur gesetzlichen Altersgrenze arbeitet. Diese Maßnahme wäre ein Anreiz, nicht vorzeitig in Pension zu gehen, und könnte die Bewerbersituation entlasten.

Michael Futterer
Stellv. GEW Landesvorsitzender



Michael Futterer
Johann-Jakob-
Widmann-Schule



In der anschließenden Podiumsrunde diskutierten **Klaus Lorenz** (Leiter Abteilung Berufliche Schulen im Kultusministerium), **Elke Zimmer** (MdB Grüne), **Anna Koktsidou** (SWR, Moderation), **Michael Futterer** (stellv. GEW-Landesvorsitzender), **Rainer Reichold** (Präsident Baden-Württembergischer Handwerkstag) und **Stefan Fulst-Blei** (MdB SPD).

GEW-Umfrage zu Arbeitsbedingungen 75 Prozent der Lehrkräfte beklagen Zeitmangel und Hetze

Vom 4. bis 15.2.2019 führte die GEW eine Online-Befragung zu Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen durch. Insgesamt 5.677 Kolleg*innen aller Schularten haben an der Befragung teilgenommen – darunter 971 Lehrkräfte von Beruflichen Schulen. Damit haben sich mehr als 4 Prozent der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen beteiligt. Dies unterstreicht die Bedeutung, die das Thema für die Beschäftigten hat. Nachfolgend einige Schlaglichter der Befragung beruflicher Lehrkräfte.

Einschätzung der eigenen Arbeit ambivalent

Die Einschätzung der eigenen Arbeit fällt ambivalent aus. 76,4 Prozent der Befragten finden ihre Arbeit überwiegend sinnstiftend, lediglich 4,7 Prozent verneint dies. 51 Prozent geben an, dass sie ihre täglichen Aufgaben in letzter Zeit mit Freude erledigt haben, bei lediglich 8,25 Prozent ist dies selten oder gar nicht der Fall. Allerdings halten 38 Prozent ihre Arbeit für frustrierend, fast 80 Prozent vertreten sogar die Auffassung, dass sie ihre Arbeit niemand anderem wünschen würden.

Schulleitung eher kritisch – Wertschätzung im Kollegium hoch

Die Arbeit und das Verhalten der Schulleitungen wird von vielen Kolleg*innen eher kritisch gesehen. 48 Prozent der Teilnehmer*innen hält ihre Schulleitung nicht für gerecht, 50 Prozent für nicht fair. Völlig anders sieht die Einschätzung des eigenen Kollegiums aus. Über 90 Prozent der Befragten fühlen sich in ihrem eigenen Kollegium angenommen, ca. 84 Prozent fühlen sich wertgeschätzt und wohl. Etwas anders wird jedoch die Unterstützung durch das Kollegium gesehen. Hier geben lediglich 69,4 Prozent an, völlig oder meistens die erwünschte Unterstützung durch das Kollegium zu erhalten. Bei 21,8 Prozent ist dies nur

manchmal der Fall, bei 8,8 Prozent eher selten oder gar nicht.

Heterogenität nimmt zu – fachliche Herausforderungen leistbar

60,8 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass die zunehmende Leistungsbandbreite der Schüler*innen ein Problem für ihren Unterricht ist, bei Sprachproblemen geben dies immerhin noch 37,3 Prozent an. 48,9 Prozent der Teilnehmenden sind dann auch der Ansicht, dass die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen ihre Arbeitszufriedenheit beeinträchtigen – bei Sprachproblemen geben dies immerhin noch 25,4 Prozent an.



Pit Penz
Christiane-Herzog-Schule Heilbronn

40 Prozent bringen zum Ausdruck, dass die fehlende Zeit für Teamarbeit häufig oder immer ein Problem für ihre Arbeit ist.

Umgekehrt sind nur 27 Prozent der Befragten der Auffassung, dass die ständig neuen fachlichen Anforderungen ihre Arbeitszufriedenheit beeinträchtigen, für 41,6 Prozent ist dies nur in geringem Maße oder gar nicht der Fall.

Arbeitszeitsouveränität zwiespältig

Die Einschätzung des eigenen Gestaltungsspielraums bei der Arbeitszeit fällt insgesamt zwiespältig aus. Den Gestaltungsspielraum beim Wechsel von Vollzeit in Teilzeit (und umgekehrt) schätzen 46 Prozent als zufriedenstellend ein, 18,3 Prozent halten ihn für zu gering. Beim



Thema Mehrarbeit sind fast 50 Prozent der Meinung, dass der Spielraum größer sein könnte, lediglich 27,1 Prozent sind damit zufrieden. Bei schulinterner Kooperation und anderen Präsenzterminen an unterrichtsfreien Tagen sind 59 Prozent der Auffassung, dass der Gestaltungsspielraum zu gering ist.

Arbeitsbelastung zu hoch

Eindeutig fällt jedoch die Einschätzung der eigenen Arbeitsbelastung aus. Auf die Frage, wie sich die Arbeitszeit außerhalb des Unterrichtes (Vor- und Nacharbeit, Kooperation, Koordination, Elternarbeit u.ä.) entwickelt hat, ant-



worten 52,2 Prozent, sie habe deutlich zugenommen und 35,0 Prozent, sie habe zugenommen. Lediglich 11,3 Prozent sind der Auffassung, dass sie gleich geblieben sei, 1,5 Prozent geben an, sie sei geringer geworden.

Bei der Frage: „Die Qualität der Arbeit hängt u.a. davon ab, ob die Arbeitsaufgaben im Rahmen ihrer vertraglichen Arbeitszeit gut bewältigt werden kön-

nen“ kommen 57,2 Prozent der Befragten zu der Einschätzung, dass diese selten oder nie ausreicht. 25,4 Prozent geben an, dass sie teilweise ausreicht, lediglich für 17,4 Prozent reicht diese zumindest teilweise aus.

Fazit

Diese Ergebnisse bestätigen die Aussagen mehrerer Gutachten, die in den vergangenen Monaten in Auftrag gegeben wurden. Auch hier wurde deutlich, dass die Anforderungen insbesondere im nichtunterrichtlichen Bereich gestiegen sind, dass die Struktur der Arbeitszeit dazu führt, dass es in bestimmten

Zeiträumen zu einer Verdichtung der Arbeit und damit auch zu Belastungsspitzen kommt und in bestimmten Fällen die vertragliche Arbeitszeit nicht ausreicht, um alle Aufgaben zu erledigen. 56,7 Prozent der Befragten geben dann auch an, dass sie eine höhere Anrechnung außerunterrichtlicher Tätigkeiten im Deputat für erforderlich halten.

Franz Peter Penz

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Bezirk Nordwürttemberg

Silcherstr. 7
70176 Stuttgart
0711 21030-0
bezirk.nw@gew-bw.de

Redaktion: Gerhardt Hurich,
Michael Futterer, Wolfram Speck
Layout: Heidrun Roschmann
Auflage: 7500

Unsere Spitzenkandidat/innen aus Nordwürttemberg für die Personalratswahlen 2019



Beamter
Michael Futterer
HPR Listenplatz 1
BPR Listenplatz 5
Johann-Jakob-Widmann-Schule
Heilbronn



Arbeitnehmer
Franz Peter Penz
HPR Listenplatz 1
BPR Listenplatz 1
Christiane-Herzog-Schule
Heilbronn



Beamtin
Heidrun Roschmann
HPR Listenplatz 4
BPR Listenplatz 8
Justus-von-Liebig-Schule
Aalen



Arbeitnehmerin
Gabriele Stork
HPR Listenplatz 5
BPR Listenplatz 2
Kaufmännische Schule I
Stuttgart



Beamter
Wolfram Speck
HPR Listenplatz 5
BPR Listenplatz 7
Kaufmännische Schule Nord
Stuttgart



Beamter
Hans Maziol
BPR Listenplatz 1
HPR Listenplatz 17
Kaufmännisches Schulzentrum
Böblingen



Beamtin
Elisabeth Utz
BPR Listenplatz 2
HPR Listenplatz 444
Johannes-Gutenberg-Schule
Stuttgart



Beamter
Jörg Sattur
BPR Listenplatz 3
HPR Listenplatz 13
Gewerbliche Schule Im Hoppenlau
mit Technischer Oberschule
Stuttgart



Beamtin
Petra Rappold
BPR Listenplatz 4
HPR Listenplatz 18
Kerschensteinerschule
Stuttgart



Beamtin
Silvia Hennig
BPR Listenplatz 6
HPR Listenplatz 68
Berufliches Schulzentrum
Bietigheim-Bissingen

